

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 12 | 25.03.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## NEUERSCHEINUNGEN

Matthäus Metzler

### [Ausgleichsenergie im Elektrizitätsrecht](#)

Untersuchung des Bilanzgruppensystems aus verwaltungs- und verfassungsrechtlicher Perspektive

Verlag Österreich; 193 Seiten, broschiert; 48,00 €; ISBN: 978-3-7046-7336-7

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 11/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit** geändert wird (Berücksichtigung des No-Creditor-Worse-Off-Prinzips; Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern in der Abwicklung eines Instituts nach den Regeln des BaSAG gegenüber einer Insolvenz)

### [BGBl I 12/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem zur Linderung der Inflationsfolgen bei den Wohnkosten das Richtwertgesetz geändert wird (**2. Mietrechtliches Inflationslinderungsgesetz** – 2. MILG) (Eintritt der nächsten Richtwertanpassung erst am 1. April 2017; einmaliger Umstieg von einem zweijährigen Veränderungszeitraum auf eine dreijährige Frequenz; Heranziehung des neueren Verbraucherpreisindex 2010 anstelle des früheren Verbraucherpreisindex 2000)

### [BGBl I 13/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Scheidemünzengesetz 1988** und das **Bundshaftungsobergrenzengesetz** geändert werden (Erweiterung der bestehenden gesetzlichen Beschränkung zur Bildung von Rücklagen und Rückstellungen zur Erfüllung der Umtauschverpflichtungen der Münze Österreich AG; Ergänzung einer Schadloshaltung des Bundes)

### [BGBl I 14/2016](#)

**Bundesgesetz über den Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR-Gesetz)** (Transparentmachung des Niveaus des nationalen Qualifikationssystems durch den NQR; Verknüpfung mit dem EQR; Zuordnung der Qualifikation zu einem Qualifikationsniveau durch die NQR-Koordinierungsstelle; Eintragung der Qualifikation in das NQR-Register)

### [BGBl II 67/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der für bestimmte Straßen ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird (**Fahrverbotskalender 2016**)

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 77 v 23.03.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über einen **Gemeinschaftskodex** für das **Überschreiten der Grenzen durch Personen** (Schengener Grenzkodex)

### [ABI L 77 v 23.03.2016, 53](#)

Verordnung (EU) 2016/400 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zur Anwendung der im **Assoziierungsabkommen** zwischen der **Europäischen Union** und der **Europäischen Atomgemeinschaft** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Republik Moldau** andererseits vorgesehenen **Schutzklausel** und des dort vorgesehenen Verfahrens zur **Bekämpfung von Umgehungspraktiken**

### [ABI L 77 v 23.03.2016, 62](#)

Verordnung (EU) 2016/401 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über die Anwendung des im **Assoziierungsabkommen** zwischen der **Europäischen Union** und der **Europäischen Atomgemeinschaft** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Georgien** andererseits vorgesehenen Verfahrens zur **Bekämpfung von Umgehungspraktiken**

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 18.02.2016, [E 1526/2015](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Versagung eines Einreisetitels** für eine afghanische Staatsangehörige wegen Unterlassen der Ermittlungstätigkeit zur Frage der Eheschließung der Beschwerdeführerin im Herkunftsland

#### 25.02.2016, [G 541/2015](#) (Anlassfall [G 363/2015](#))

**MietrechtsG**; Verfassungswidrigkeit der undifferenzierten Ausnahme von Verfahren über die **Kündigung von Mietverträgen** und **Räumung von Mietgegenständen** von der Möglichkeit der Stellung eines **Parteiantrags auf Normenkontrolle**; keine Erforderlichkeit im Sinne einer Unerlässlichkeit der Regelung des VfGG zur Sicherung des Zwecks der Verfahren

#### 02.03.2016, [V 67/2015](#)

**NotariatsO**; Abweisung des zulässigen Individualantrags eines Notars auf Aufhebung von Bestimmungen der Richtlinien der Österreichischen Notariatskammer über die Vorgangsweise bei notariellen Treuhandschaften; keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Verpflichtung zur **Erlegung notarieller Treuhandgelder** bei einer Bank

08.03.2016, [G 537/2015 ua](#) (Anlassfall [G 162/2015 ua](#))

**ExekutionsO**; keine Verfassungswidrigkeit der Ausnahme des **Exekutionsverfahrens** von der Möglichkeit der Stellung eines **Parteienantrags auf Normenkontrolle** im Hinblick auf die Besonderheiten dieses einem Erkenntnisverfahren nachfolgenden, der Hereinbringung vollstreckbarer Forderungen dienenden Verfahrens

09.03.2016, [G 447/2015 ua](#) (Anlassfall [E 1845/2015](#))

**BFA-VG; VwGVG**; Aufhebung einer Regelung des BFA-VG betreffend die **Rechtsberatung von Fremden oder Asylwerbern** vor dem BVwG wegen Verstoßes gegen das Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander**; keine sachliche Begründung für die normierte Einschränkung der die Rechtsberater treffenden Vertretungspflicht auf Beschwerdeverfahren gegen Rückkehrentscheidungen, Anordnungen zur Außerlandesbringung und Entscheidungen betreffend Einschränkung oder Entzug von Grundversorgungsleistungen; Zulässigkeit der aus Anlass von Entscheidungen über Anträge auf unentgeltliche Beigabe eines Verfahrenshelfers gestellten Gesetzesprüfungsanträge des BVwG

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

VwGH 17.02.2016, [Ro 2016/04/0001](#)

**UVP-G**; Antrag auf Feststellung, dass der geplante Austausch von Leiterseilen einer bestehenden 110 kV-Leitung einem Genehmigungsverfahren nach dem UVP-G zu unterziehen sei; die **revisionswerbenden Vereine**, die keine Umweltorganisationen nach § 19 UVP-G sind und somit auch nicht als NGO iSd Art 1 Abs 2 lit e UVP-RL gelten, legen nicht dar, worin in ihrem Fall das „ausreichende Interesse“ oder die „Rechtsverletzung“ bestehen soll, um als **betroffene Öffentlichkeit** zu gelten, der gem Art 11 UVP-RL **Zugang zu einem Überprüfungsverfahren vor einem Gericht** zu verschaffen wäre

VwGH 24.02.2016, [2013/05/0225](#)

**Sbg LandeselektrizitätsG**; elektrizitätsrechtliche Bau- und Betriebsbewilligung für die Errichtung einer frei aufgestellten **Photovoltaikanlage**; das Fehlen der gem § 36 Abs 7 Sbg Raumordnungsg **notwendigen Widmung des Standorts** der ggst Anlage als „Grünland-Solaranlagen“ stellt einen materiell-rechtlichen Hinderungsgrund für die Erteilung der Bewilligung nach dem Sbg LandeselektrizitätsG dar; es ist deshalb ausgeschlossen, diese fehlende Voraussetzung für die Erteilung der Bewilligung im Wege einer (aufschiebenden) Bedingung, die vom (ungewissen) Eintritt einer künftigen Rechtsänderung abhängig gemacht wird, zu ersetzen

VwGH 24.02.2016, [Ro 2014/10/0009](#)

**UniversitätsG**; Zulassung zum Doktoratsstudium der Rechtswissenschaften unter der Auflage, eine mündliche Prüfung aus „Grundzüge des Österreichischen Verfassungsrechts“ abzulegen; als Nachweis der allgemeinen Universitätsreife wurden in Großbritannien erlangte **Studienabschlüsse** des Bachelorstudiums „Law“ und des Masterstudiums „International and European Business Law“ vorgelegt; ist durch das absolvierte Studium zwar eine grundsätzliche, aber keine volle Gleichwertigkeit gegeben, ist die **Herstellung der Gleichwertigkeit** durch die Vorschreibung von Prüfungen vorgesehen; die Herstellung der Gleichwertigkeit durch die Berücksichtigung von praktischen beruflichen Tätigkeiten kommt nicht in Betracht

VwGH 24.02.2016, [Ro 2014/10/0061](#)

**UniversitätsG**; Zurückweisung einer „Beschwerde“ gegen die negative Beurteilung einer Diplomarbeit gem § 79 Abs 1 UniversitätsG als unzulässig; § 79 Abs 1 UniversitätsG soll eine Kontrolle der Beurteilung von Prüfungen im Hinblick auf „Exzesse“ ermöglichen; dass mit der Bestimmung auch eine **Kontrolle der Beurteilung wissenschaftlicher Arbeiten** ermöglicht werden sollte, ist demgegenüber nicht ersichtlich

VwGH 24.02.2016, [Ro 2015/05/0012](#)

**NÖ BauO**; Auftrag zum Abbruch eines konsenslos errichteten Einfamilienhauses; da ggst der im **Betriebskonzept** dargestellte **landwirtschaftliche Betrieb** nicht realisiert wurde und es somit zu der darin genannten landwirtschaftlichen Betriebsführung nicht gekommen ist, wurde mit der **Errichtung des Einfamilienhauses ein rechtliches „aliud“** verwirklicht, sodass das bewilligte Bauvorhaben nicht ausgeführt wurde und das Recht aus der Baubewilligung erloschen ist

VwGH 26.02.2016, [Ko 2015/03/0004](#)

**WirtschaftstreuhandberufsG; VwGVG; Kompetenzkonflikt** zwischen dem LVwG NÖ und dem LVwG Wien; bei einem Disziplinarverfahren gegen einen Wirtschaftstreuhandberuf, in welchem diesem ein Berufsvergehen nach § 120 WirtschaftstreuhandberufsG vorgeworfen wird, handelt es sich um eine Sache, die sich auf den Betrieb eines Unternehmens oder einer sonstigen dauernden Tätigkeit iSd § 3 Z 2 AVG bezieht; aufgrund der unselbständigen Ausübung des Wirtschaftstreuhandberufs bei einer Wirtschaftstreuhandgesellschaft mit Sitz in Wien ist das LVwG Wien zur Entscheidung über die ggst **Beschwerde gegen das Disziplinarerkenntnis** zuständig

VwGH 26.02.2016, [Ro 2015/03/0033](#)

**WaffenG**; Antrag auf **Erweiterung der Waffenbesitzkarte** auf fünf Stück Schusswaffen der Kategorie B; die Regelung des § 23 Abs 2b WaffenG ist dahin zu verstehen, dass – unabhängig von einer den Anforderungen des § 23 Abs 2 WaffenG genügenden Rechtfertigung – schon die **Ausübung des Schießsports** einen Rechtsanspruch auf Erweiterung der Waffenbesitzkarte unter den in dieser Bestimmung genannten Voraussetzungen begründet, dass aber die Möglichkeit, nach § 23 Abs 2 WaffenG gegebenenfalls eine Erweiterung der Waffenbesitzkarte zu erlangen, aufrecht bleibt

VwGH 26.02.2016, [Ra 2015/03/0087](#)

**ORF-G**; Vorwurf der Verletzung des § 17 Abs 3 ORF-G durch **Einblendung von Sponsorhinweisen** zu Gunsten der Tageszeitung „Kronen Zeitung“ in der **Sendung „Pressestunde“**; die Einblendung eines Firmenlogos kann zwar auch als Sponsorhinweis dienen, allerdings darf der Gesamtzusammenhang, in dem das Logo gezeigt wird, nicht außer Acht gelassen werden; wird das Logo dazu verwendet, die berufliche Zuordnung des gleichzeitig gezeigten und namentlich benannten Journalisten zum betreffenden Printmedium zu kennzeichnen, liegt in der Verwendung des Emblems kein Sponsorhinweis vor

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 17.03.2016, [W228 2123055-1](#)

**VwGVG**; der **Ausschluss der aufschiebenden Wirkung** (aW) gem § 13 Abs 2 VwGVG hat durch verfahrensrechtlichen Bescheid zu erfolgen; über eine Beschwerde gegen den Ausschluss der aW hat das BVwG in **Beschlussform** zu entscheiden; bei dieser Entscheidung des BVwG handelt es sich um eine der Sachentscheidung vorgelagerte einstweilige Verfügung, die nicht geeignet ist, den Ausgang des Verfahrens vorwegzunehmen; diese tritt nach endgültiger Sachentscheidung außer Kraft

LVwG Oö 08.03.2016, [LVwG-550512](#)

**GewO; AbfallwirtschaftsG**; bescheidmäßiger Auftrag, ein **Sicherungs- bzw Sanierungskonzept** für den ggst Textilreinigungsbetrieb vorzulegen; gem § 31 Abs 4 WasserrechtsG kommt eine **umweltrechtliche Haftung des Betriebsnachfolgers** für von seinem Vorgänger verursachte Kontaminationen nicht in Betracht, wenn die vom Nachfolger betriebene Anlage nicht mehr geeignet ist, eine Einwirkung auf Gewässer herbeizuführen; unter diesen Voraussetzungen ist auch eine Heranziehung der Bf für ein Sanierungskonzept gem § 79 Abs 1 GewO und §§ 73 und 74 AbfallwirtschaftsG ausgeschlossen

LVwG Oö 08.03.2016, [LVwG-550730](#)

**Oö UmweltschutzG**; Antrag auf Herausgabe von Umweltinformationen betreffend die Umwidmung eines Areals von Industriegebiet in Betriebsbaugelände; der **Begriff „Maßnahme“** iSd § 13 Z 3 Oö UmweltschutzG ist weit zu verstehen und umfasst jedenfalls auch **Flächenwidmungspläne**, da es nach dem Wortlaut dieser Bestimmung ausreicht, wenn sich die Planänderung wahrscheinlich auf Umweltbestandteile und -faktoren auswirkt

LVwG Oö 16.03.2016, [LVwG-050041](#)

**ApothekenG**; Abweisung des Antrags auf Konzessionserteilung für eine neue öffentliche Apotheke; im Zuge der **Bedarfsprüfung** ist nicht bloß in sog „Ein-Arzt-Gemeinden“ auf die **Heilmittelversorgung durch ärztliche Hausapotheken** Bedacht zu nehmen, sondern Hausapotheken können ganz generell einen „angemessenen Zugang“ zum pharmazeutischen Dienst gewährleisten

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG

Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

#### **LVwG NÖ 15.01.2016, [LVwG-AV-1067/001-2015](#)**

**WasserrechtsG**; aufgrund der Wendung „oder andere Verkleidungen“ iVm der Zielsetzung „Schutz und Sicherung des Ufers“ umfasst § 41 Abs 3 WasserrechtsG (**Umfang der Bewilligungsfreiheit von Ufersicherungsmaßnahmen**) sämtliche Maßnahmen, die in Funktion und Wirkung den exemplarisch aufgezählten Stein- und Holzverkleidungen entsprechen; dass die getätigten Vorkehrungen dem Stand der Technik entsprechen müssen und fremden Rechten oder öffentlichen Interessen nicht nachteilig sein dürfen, ist nicht Voraussetzung für die Bewilligungsfreiheit

#### **LVwG Tir 15.02.2016, [LVwG-2015/33/2948-1](#)**

**Tir StraßenG**; ggst können die den Bf im **Rechtsmittelverfahren entstandenen Kosten** nicht der Enteignerin zum Ersatz auferlegt werden; das nach dem Verfahren über die Entschädigungshöhe und über die dabei anfallenden Kosten geführte weitere Verfahren ist im Kostenpunkt vom Enteignungsverfahren zu unterscheiden; soweit sich an das Verwaltungsverfahren erster Instanz ein Rechtsmittelverfahren im Kostenpunkt anschließt, besteht hinsichtlich des zusätzlichen Aufwands **keine Kostenersatzpflicht des Enteignungswerbers** im Verwaltungsweg

## **IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION**

### **A. GERICHTSHOF**

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

### **B. SCHLUSSANTRÄGE**

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

### **C. GERICHT**

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

#### **23.03.2016, Beschwerde Nr. [47152/06](#), *Blokhin / Russland***

**Verletzung** von **Art 3** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung), **Art 5 Abs 1** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Art 6 Abs 1 und 3 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); konventionswidrige 30-tägige **Haft** des an einer **neuropsychologischen Störung** leidenden bf **Jugendlichen** in einer Jugendstrafanstalt; Verankerung besonderer Verfahrensgarantien vonnöten, um Kindern mit Beeinträchtigung adäquaten Schutz zu gewährleisten

#### **23.03.2016, Beschwerde Nr. [43611/11](#), *F. G. / Schweden***

**Verletzung** von **Art 2** (Recht auf Leben) und **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); Beschwerde betrifft **besondere Verpflichtungen**, die von Staaten im Zuge von **Asylverfahren** zu beachten sind; hinreichende Prüfung seitens der Behörden, dass kein Asylgrund aufgrund der politischen Aktivitäten des Bf im Iran besteht;

Behörden hätten allerdings die Tatsache, dass der Bf seit Stellung des Asylantrags **zum Christentum konvertiert** ist und damit der Gefahr der **Verfolgung** im Iran ausgeliefert wäre, **in Betracht ziehen** müssen

**22.03.2016, Beschwerde Nr. [646/10](#), M. G. / Türkei**

**Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) iVm **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); konventionswidriges **passives Verhalten** der **Behörden** im Fall der Bf, die die **häusliche Gewalt** ihres Ehemanns zur Anzeige gebracht hatte; Eröffnung des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens erst über 5 Jahre nach Anzeige; kein hinreichender staatlicher Schutz nach der Scheidung vor Gewaltandrohung seitens des Ehemanns

**22.03.2016, Beschwerde Nr. [646/10](#), Guberina / Kroatien**

**Verletzung** von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit); konventionswidrige **Verweigerung** der Gewährung einer **Steuererleichterung** im Fall der Bf, die ein **Haus erworben** hatten, um den Bedürfnissen ihres schwer **behinderten Kindes** gerecht zu werden; Verletzung der entsprechenden innerstaatlichen gesetzlichen Regelungen sowie der aus der UN-Behindertenrechtskonvention ableitbaren Verpflichtungen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl; Mag. Matthäus Schmied;

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.